

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst, Frauenwelt und Jugend einschließlich Briefkasten monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—, erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261. Geschäftstunde von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zusätze werden die Ggelposten Preiziele mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 278.

Dresden, Montag den 1. Dezember 1913.

24. Jahrg.

Die Tägliche Rundschau will wissen, daß im Bundesrat ein Einmündungsgesetz zugunsten eines Arbeitswilligen-Gesetzes eingeleitet sei. Dagegen sprach sich Herr v. Hertling in der bayerischen Kammer gegen eine Ver- schiebung der Gesetzgebung zum Schutz der Arbeitswilligen" aus.

Der Kongreß der christlich-nationalen Gewerkschaften nahm Stellung gegen Arbeitswilligen-Gesetz und Still- stand der Sozialreform.

Durch einen Zugzusammenstoß in der Provinz Bam wurden mehrere Reisende getötet.

Bei neuen Inzestverurteilungen in Natal wurden sechs Jahre getötet.

Zeiten ist, ist in Wirklichkeit ein System militärischer Folge- richtigkeiten, wie es geschlossener gar nicht gedacht werden kann. Ein jüngster Leutnant verspricht den Soldaten zehn Mark für jeden erstochenen Waden und läßt sie ein, auf die französische Fahne zu sch... Das darf er. Er ist jung, abelig, militärischer Vorgesetzter. Aber die Soldaten, die die Sache ausplaudern, fliegen ins Loch, und am 9. Dezember soll ihnen der Prozeß gemacht werden. Die Weibführung, die gegen Schimpf und Drohung protestiert, wird als ergebender Pöbel behandelt. Die Spannung zwischen Zivil und Militär ist unerträglich. Aber der Leutnant bleibt, der Oberst bleibt, das Regiment bleibt, das Generalkommando bleibt, und wenn die ganze Welt darüber in Scherben ginge, sie bleiben — militärisch ausgedrückt — an der Stelle, zu der sie „Seine Majestät kommandiert“ hat. Abzug vor Zivil? Unmöglichkeit Gedanke!

Der Leutnant von Forstner darf seine Schokolade nur in Zabern kaufen und nirgend anders in der Welt. Und wenn die ganze deutsche Armee mit aufgeschlagenem Seiten- gewehr hinter dem Leutnant von Forstner marschieren möchte, er kauft seine Schokolade nur in Zabern. Und wenn es Tote gibt, der Leutnant bleibt, das Regiment bleibt und der jüngste Leutnant streitet zum Schluss in Zabern auch über Leigen- hügel, um seine Schokolade zu kaufen.

Das ist ein System, das lächerlich wirkt wie eine Toll- hausjagd, aber auch wie sie grauhaft. Nein, mit der billigen Genugtuung darüber, daß sich der Militarismus bis über die Ohren blamiert hat, ist die Sache nicht abgetan. Dieses System ist der gewalttätige Feind jeder staatsbürger- lichen Freiheit und Sicherheit, und solange nicht in Deutsch- land die Armee ein gehorames Glied eines demokratischen Staatswesens geworden ist, getoht und verpflichtet, die Rechte der Persönlichkeit im Bürgerrecht wie im Arbeiterrecht zu achten, so lange wird auch die Gefahr von Konflikten bestehen bleiben, an denen gemeinen das jetzt Erlebte ein Kinder- spiel gemein ist. Es geht um demokratische Rechtsordnung oder militärische Janteherrschaft!

Die Vorgänge am Freitag.

Zabern, 29. November. Gestern Abend kam es hier auf- neue zu erregten Szenen, zum Einschreiten des Militärs und zu zahlreichen Verhaftungen. Heber den Anlaß dazu wird berichtet, daß in der Nähe der Wohnung des Leutnants v. Forstner einige Offiziere zusammenkamen, als gerade die Fortbildungsschule geschlossen wurde. Aus der Mitte der jungen Leute fielen Schandbrüche auf Leutnant v. Forstner, worauf Leutnant Schab die Wache alarmieren, Bajonett aufpflanzen und die Straßen räumen ließ. Auf dem Schloßplatz hatte sich inzwischen eine große Menschenmenge gesammelt. Dort erschien Leutnant Schab mit 60 Mann, an die er wie berichtet wird, Patronen verteilte. Er habe dann befohlen, auszuschnürrnen und der Wache zuzurufen: „Wenn Sie den Platz nicht verlassen, lasse ich schießen!“ Der Tambour habe hierauf die Trommel gerührt, worauf die Wache zurückwich. Ungefähr dreißig Personen wurden verhaftet. In diesem Augen- blick ging im Landgericht ein großer Prozeß zu Ende und das Publikum strömte aus dem Gebäude. Kurzerhand wurden zwei Landgerichtsräte und der Staatsanwalt ver- haftet. Es wird berichtet, daß Oberst v. Reuter die ganze Sache von der Wache aus leitete.

Ein anderes Telegramm sagt über den Angriff auf dem Schloßplatz:

Frankfurt a. M., 29. November. Der Frankfurter Zeitung wird über die Vorgänge in Zabern von ihrem Straßburger Korrespondenten der sofort nach Zabern gefahren ist, um die Vorgänge an Ort und Stelle auf ihre Richtigkeit zu prüfen, noch be- richtet: Um 7 Uhr abends erschienen plötzlich auf dem Schloßplatz 50 Mann unter dem Befehl eines Leutnants. Es fanden etwa 2000 Mann unter dem Befehl eines Leutnants. Der Leutnant kommandierte: „Abteilung halt! und lieh die vordere Reihe der Soldaten nieder- knien und die hintere in Schußbereitschaft setzen. Oberst v. Reuter kam hinzu und gab den Befehl zum Angriff, worauf sich das Militär gegen die Leute vorwärts bewegte und sofort in barscher Weise Ver- haftungen vornahm.

Verhaftungen.

Zabern, 29. November. In den gestrigen Vorgängen in Zabern wird dem Deutschen Telegraphen noch gemeldet: Auf dem Schloßplatz fanden etwa 20 Personen, als unter Führung des Leutnants Schab ein Zug, circa 60 Mann stark, herankam. Das Kommando „Aben“ ertönte, die erste Reihe kniete nieder, die zweite blieb stehen. Nach dem Kommandowort des Landwirts er- ging die Aufforderung zum Auseinandergehen. Dieser Auf- forderung wurde anscheinend nicht schnell genug Folge gelistet, der Befehl ertönte noch einmal, worauf das Militär mit ge- hülltem Bajonett gegen die harmlosen Passanten vorging. Sodann nahm die Kolonne Front gegen die Hauptstraße, hierauf nach der Pfarrkirche zu. Inzwischen mehrten sich die Leute, es kamen Neugierige hinzu, Arbeiter, die von der Arbeitsstätte nach Hause gingen. Verschiedene Verhaftungen wurden vorgenommen, unter anderem drangen die Soldaten mit gekülltem Bajonett in die Wohnung des Schneiders Leitz ein, weil aus dem Hause angeblich beleidigende Worte gesprochen waren. Leitz, der gerade das Nachtmahl einnahm, wurde von den Soldaten abgeführt. In der ganzen Stadt wurden Verhaftungen vorgenommen. Gestohlene waren die Verhaftungen

besendet und das Publikum strömte aus dem Gerichtsgebäude, als auch hier das Militär einschritt und zahlreiche Verhaftungen vor- nahm. So wurden unter anderem ein Landgerichtsrat und ein Staats- anwalt in die Schloßkaserne abgeführt, auf Veranlassung des Land- gerichtspräsidenten Fürst und eines Weingelehrten; ferner jedoch wieder freigelassen. Die übrigen Verhafteten, etwa 40 Personen, befinden sich noch heute morgen noch in Haft.

Die Situation ist geradezu grotesk geworden. Die Leutnants des Regiments lassen sich bei ihren Einkäufen von Patronen mit aufgeschlagenem Seitengewehr eskortieren. Leutnant v. Forstner, der gestern Weihnachtseinkäufe machte, ließ sich von einer Patrouille von vier Mann begleiten, die, als er bei Teufelmann Schokolade kaufte, sich mit aufgeschlagenem Seitengewehr vor der Ladentür postierten, ihn in ein Café begleiteten und auch vor einem Zigarrenladen sich mit aufgeschlagenem Seitengewehr ausstreckten.

Einer der verhafteten Richter.

Landgerichtsrat Rallig.

gab einem Vertreter des Verl. Tagebl. folgende Schilderung:

Wir kamen fünf Juristen, aus der Sitzung, als Soldaten den Weg herren. Im Dunkel sah ich, wie Leutnant v. Forstner, der mich in Dienstinform war, sich auf einen Jungen stürzte und ihn abführen ließ. Als Jurist bin ich der Meinung, daß ein militärisches Einschreiten nur beim Verlagerungs- zustand möglich ist oder wenn die Zivilverwaltung militärische Hilfe requiriert. Ich machte darum einen Offizier auf das ungeheuer- liche Verhalten aufmerksam. Glücklich tauchte Leutnant Schab mit einer Patrouille auf und ließ mich verhaften. Staats- anwalt Dr. Kleinböhm intervenierte, darauf wurde auch er für verhaftet erklärt. Als er seinen Namen nannte, ließ Leutnant Schab von ihm ab mit dem Bemerkung: „Hätten Sie sich doch gleich vorgestellt!“ Ironisch fragte der Staatsanwalt: „Gängtes denn davon ab, was man ist, wenn man verhaftet wird?“ Meine Kollegen folgten mir ins Gefängnis. Ein Teil von ihnen begab sich zum Landgerichtspräsidenten. Nach ein paar Minuten wurde ich nach einer Unterredung mit Oberst Reuter auf freien Fuß ge- setzt. Was am Zaberner Fall über seine lokale Bedeutung hinaus- geht, ist die Ungeheuerlichkeit des Vorgehens der Militärverwaltung. Der Kriegsminister beruht sich in seinem Telegramm an den Zaberner Bürgermeister auf das Generalkommando, das ihm in nicht untersteht. Die Schuld an der Militärherrschaft liegt also bei Herrn v. Deimling.“

Im Internenletter.

Zabern, 29. November. Die Verhafteten wurden die ganze Nacht im Keller des Schlosses, einem nassen, kumpfigen Raum mit dem Namen „Kandurenkeller“, untergebracht. Der Raum diente bisher zur Aufbewahrung von Kohlen und sah freige- raumt worden sein. Wie die Verhafteten untergebracht waren, erzählt am besten daraus, daß sie nicht einmal zur Verrichtung ihrer Notdurft herausgelassen wurden, sondern zu diesem Zwecke eine Urde des Klosets benutzen mußten. Sonnabend morgen wurden sie wie Verbrecher zwö- lfzehn vier Bajonetten eingeln auf das Amtsgelände geführt und von dort nach ihrer Vernehmung sofort ent- lassen.

Der Protest des Gemeinderats und die Antworten des Reichs- kanzlers und des Kriegsministers.

Zabern, 29. November. Der hiesige Gemeinderat hat heute nachmittag 3 Uhr eine Resolution angenommen, die telegraphisch an den Reichskanzler, den kaiserlichen Statthalter, den preussischen Kriegsminister und an das Reichstagspräsidium gesandt worden ist. — Heute vormittag fanden hier einzelne Ausstellungen statt. Der Landgerichtspräsident und der Erste Staatsanwalt haben sich heute vormittag nach Straßburg begeben, wie man hört, um dem Statthalter Vortrag zu halten.

Die Resolution des Gemeinderats hat folgenden Wortlaut: „Gestern Abend sind ungefähr dreißig ruhige Bürger von Militär- patrouillen ohne Grund gewaltsam festgenommen und abgeführt worden. Alle, mit Ausnahme des Landrichters, haben trotz Ein- spruch der Zivilverwaltung die Nacht im Keller der Kaserne zubringen müssen und sind erst heute dem Zivilrichter vorgeführt worden, der sie sofort frei ließ. Der Zaberner Gemeinderat gibt seiner Entrüstung über das vorgefallene, jeder Ord- nung Hohn sprechende und offensichtlich probato- rische Vorgehen des Obersten Reuter Ausdruck und bittet dringend, sofort die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um der Bürgerschaft den nötigen Schutz zu gewähren.“

Zabern, 29. November. Beim Gemeinderat von Zabern, adressiert an Bürgermeister Knoepfeler, hat heute Abend auf die nach Berlin gerichtete Resolution folgende Antworten ein- gegangen: „Dortiges Telegramm vom 29. November nach General- kommando Straßburg zur sofortigen Veranlassung weitergegeben, dem die Pflicht obliegt, Gefekwidrigkeiten unbedingt zu verhindern. Kriegsminister v. Falkenhayn.“ Das zweite Telegramm lautet: „Ich habe Ihr Telegramm erhalten und dem kaiserlichen Statthalter mitgeteilt. Falls die eingeleitete strenge Unter- suchung Gefekwidrigkeiten ergibt, wird Abhilfe geschaffen werden. Reichskanzler v. Bethmann-Holl- weg.“ Die Stadt ist heute Abend vollständig ruhig.

Wißbanheit.

Der Korrespondent des Berliner Tageblattes berichtet: Ich sprach auch heute den verhafteten Gefekenen jugendlichen Frau- malet, der durch Leutnant v. Forstner persönlich fest- genommen worden war. Auch dieser junge Mann hat in dem berühmtesten „Kandurenkeller“ des Schlosses übernachtet müssen, der nur ein Fenster hat. Als Leutnant v. Forstner den jungen Mann nach der Wache brachte, trat er ihm in das Gesicht und Ge- bahnen stehen ihn mit Kolbenhieben durch das Schloß.

Die Militärbherrschaft in Zabern.

Fast zu gleicher Zeit, wo im Reichstag der Kriegs- minister einer zwar schneidigen aber vergeblichen Versuch machte, das Verhalten der Herren vom Militär in Zabern zu be- ruhigen, geht's dort wieder von neuem los. Und zwar geht's um das, was sich die Herren Offiziere jetzt in Zabern leisten haben, weit alles Dagewesene. Sie haben sich in Zabern so betragen, als wenn sie einfach die absoluten Herren der Stadt wären, die machen könnten was sie wollten, und noch Recht und Gesetz nicht zu fragen brauchten. Und zwar haben die Bevölkerung von Zabern den Herren vom Militär keine Veranlassung gegeben hatte, zu den denkbar schärfsten Maßnahmen zu greifen. Am Freitag Abend geht der Leutnant v. Forstner Schokolade kaufen, und nimmt zu diesem Zweck ein Soldaten mit aufgeschlagenem Seitengewehr mit. Ein paar Jungen auf der Straße bühnen hinter drein, man ver- folgt die Liebhaber und erzielt dadurch einen Zusammenstoß mit den Jungen. Da — auf dem Hauptplatz der Stadt — tritt ein fünfzig Mann im Gewehr, scharfe Patronen werden ver- teilt, dumpfer Trommelwirbel ertönt, man bereitet sich zum Ziehen vor. Dazu kommt aber glücklicherweise nicht, sondern man geht auf Streife, packt jeden Zivilisten auf, der läßt oder stehen bleibt, und sperrt ihn in den Kohlenkeller der Kaserne. Man ertötet bei dieser Gelegenheit auch

drei Richter und einen Staatsanwalt.

Wie als Drama zu beginnen schien, wandelt sich zur tollsten Fehde, die die Welt seit den Tagen des Hauptmanns von Köpenick erlebt hat.

Der Landgerichtsdirektor protestiert und kriegt mit Mühe keine Ruhe frei. Der Bürgermeister protestiert und erklärt, es einem polizeilichen Eingreifen sei kein Anlaß gewesen. Der Gemeinderat protestiert in einem Telegramm an Reichstag, Reichs- kanzler, Statthalter, Kriegsminister. 30 ruhige Bürger sind ohne Grund gewaltsam abgeführt worden und haben die Nacht in einem Keller der Kaserne verbringen müssen. Der Reichs- kanzler antwortet, falls (1) die eingeleitete strenge Untersuchung Gefekwidrigkeiten ergebe, werde Abhilfe geschaffen werden. Der Kriegsminister etwas schneidiger: „Dortiges Telegramm nach Generalkommando Straßburg zu sofortiger Veranlassung weitergegeben, dem die Pflicht obliegt, Gefek- widrigkeiten unbedingt zu verhindern.“

Der Militarismus hat sich in Zabern eine Weltblamage geholt, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Aber es war nur ein glücklicher Zufall, daß der Säbel in seiner Hand sich unverseht zur Karrenpreisliche verwandelte. Und die humorvolle Besriedigung darüber, daß es in Zabern gelungen ist, endlich einmal die richtigen zu ertönen, darf uns über den ungeheuren Ernst der Angelegenheit nicht hinwegtäuschen.

In Elb-Lothringen steht ein ganzes Regiment in Auf- lehnung gegen die Zivilbehörde. Unter Führung des Obersten Reuter begehren die Offiziere schwere Gefekwidrigkeiten, sie verhängen aus eigener Vollmacht über eine Stadt den Be- lagerungszustand und gebärden sich einer friedlichen Bevölke- rung gegenüber als Herren über Leben und Tod. Ein Befehl zum Schießen wäre unter solchen Umständen eine Aufforde- rung zum Morde gewesen, der den Gehorsam zu weigern die Soldaten gesetzlich berechtigt und moralisch verpflichtet gewesen wären. Die vom Militär aus eigener Vollmacht vollzogenen „Verhaftungen“ charakterisieren sich als schwere Freiheits- beraubungen ohne jede rechtliche Unterlage.

Ein Konflikt besteht zwischen den Zivil- und Militär- behörden nicht nur in Zabern, sondern in ganz Elb-Lothringen. Unübersehbar wird in der Presse behauptet, daß der Statthalter Graf Wedel ein entschiedener Gegner der vom General v. Deimling betriebenen Provokationspolitik ist. Seit Deim- ling in Straßburg ist, reizen die „Zwischenfälle“ nicht mehr ab. Dem Statthalter ist, so behauptet man, himmelslangst vor hiesiger Gesellschaft, aber seine Bemühungen, sie mit Anstand loszuwerden, sind bisher vergeblich gewesen.

Der Militarismus will keine „schwächliche Ver- söhnungspolitik“. Da herrscht der „echte militärische Geist“, für den der Soldat nicht nur zum Strammstehen da ist, sondern auch zum Gauen, Schießen und Stechen. Gelegenheit dazu wird sich schon finden, wenn die Sache bloß richtig an- gewandt wird.

Und wie richtig wird sie angewandt! Denn was für den gemeinen Zivilverwand eine Arie der schärfsten Unsinns-

Veranstaltungen im Monat Dezember

Gruppe Mittelstufe

Gruppe Mittelstufe

Gruppe Mittelstufe

Eine Untersuchung gegen Leutnant v. Forstner.
 Straßburg i. El., 29. November. Die Berliner National-Zeitung schreibt: Bekanntlich waren Meldungen aufgetaucht, daß sich Leutnant v. Forstner im letzten Wandzuge verschiedene Verfehlungen habe zuschulden kommen lassen. Sobald diese Verfehlungen den vorgesetzten Stellen des Leutnants bekannt geworden sind, wurde sogleich eine Untersuchung des Falles eingeleitet, die bisher noch nicht abgeschlossen ist. Ueber das vorläufige Ergebnis der Untersuchung werden keine weiteren Mitteilungen gemacht, es ist nur soviel bekannt, daß auch ein Zivilgericht zur Erledigung der Angelegenheit beigezogen worden ist.

Eine Aushandlung der elbisch-löhringischen Regierung.
 Straßburg i. El., 30. November. Wie es hier heißt, hat Oberst von Reutter, entgegen den Wünschen der Regierung, das Militär zum Patrouillendienst in der Stadt verwandelt. Unterstaatssekretär Mandl hatte an Oberst v. Reutter die Mitteilung gelangen lassen, nach seiner Ansicht genüge ein Polizeiaufgebot allein zur Aufrechterhaltung der Ruhe in Löbtau, gleichwohl aber soll der Oberst Patrouillen in Stärke von zehn Mann durch die Straßen geschickt haben. — Am übrigen beginnt die Stimmung in Löbtau eine ruhigere zu werden.

Die Berechtigung des Militärs zum bewaffneten Eingreifen.
 Ueber die noch zweifelhafte Rechtslage, ob das Militär beauftragt war, Verhaftungen vorzunehmen, wird vom Kriegsministerium folgendes mitgeteilt:
 Das Militär hat auf Antrag von Polizeibehörden, Polizeibeamten oder Gewerksamen eingegriffen, wenn diese in Fällen dringender Gefahr nicht mehr ausreichen. In diesem Falle ist das Substitut dreimal zu verwenden und auf die Folgen aufmerksam zu machen. Vorher muß ein Trommel- oder Trompetensignal gegeben werden.

Das Militär greift ohne Antrag ein, wenn es selbst der angegriffenen Teil ist, oder wenn Gegenstände, die seiner Bewachung unterliegen, gefährdet sind. Im Falle tödlichen Angriffs ist das Militär ohne vorherige Warnung zur sofortigen Abwehr mit der Waffe berechtigt. Schusswaffen dürfen nur dann in Anwendung kommen, wenn andere Waffen nicht ausreichen.
 Voraus geht hervor, daß das Vorgehen des Militärs in Löbtau unrichtig war.

Deutsches Reich.

Von der Energie des Reichstags.

Im Reichstag wurden am Sonnabend zunächst Rechnungen besprochen. Ist es schon bezeichnend für einen Staat, in dem man mit solcher Willkür gegen Streitvergehen die Maschine der Justiz in Bewegung setzt, daß der Reichstag erst im November 1913 dazu kommt, die Bemerkungen des Rechnungshofes zu den Ausgaben von 1909 zu prüfen, so ist das, was Genosse Röske und Herr Erzberger feststellen, noch viel bezeichnender für die Verhüllung, deren sich der Reichstag bei der Regierung erfreut. Man hat Ausgaben, die der Reichstag durch seinen Beschluß auf dem Etat herausgeschrien hat — so z. B. Pferdegepäck für die Adjutanten, sogar für Adjutanten, die Seeoffiziere sind! — ganz unbekümmert um den Beschluß des Reichstags weiter geleitet. Was der Reichstag von den Milliardenausgaben des Militarismus auch ein paar tausend Mark stiehlt — das ist ganz egal, darum kümmert sich kein Mensch, das Geld wird frisch drauflos ausgegeben, und es ist ja insbesondere die Partei des Herrn Erzberger selbst, die im entscheidenden Moment immer versagt, wenn es möglich sein würde, der Regierung mehr Respekt vor der Volksvertretung einzubringen. Darum ist auch die gewöhnliche Kritik Erzbergers bei den Rechnungshof und Staatsübersichtungen, je schärfer sie ist, eine um so schwächeren Anklage gegen seine Partei!

Ist der Reichstag also verdammt unenergisch der Regierung gegenüber, so bringen die Parteien seiner Mehrheit um so mehr Energie auf gegen die armen Teufel, die als Hausierer immer genug einen fargen Lebensunterhalt verdienen. Die Konservativen, das Zentrum, die National-Liberalen, und natürlich auch das Präbium der Leben aufrechten Männer von der Wirtschaftlichen Vereinigung, sind nicht nur bereit, die neue Gewerbenobelle mit ihrem Verbot der Wandertage und ihren Einschränkungen des Hausierhandels anzunehmen, sondern diese Maßnahmen gehen ihnen noch nicht weit genug, und Herr Witor vom Zentrum erklärt sogar Defterreich mit seiner Zünfterei für ein nachahmenswertes Vorbild, freilich ohne auch hervorzuheben, daß die gesamte Mittelstandspolitik des Nachbarlandes dort den Niedergang des Kleingewerbes in keiner Weise aufzuhalten vermocht hat. Schwere diesen Herren vielleicht als nachahmenswert auch die riesige Auswanderung vor, die man jetzt in Defterreich beklagt, und an der der Ruin zahlreicher kleiner Gütchen durch Hausierhändler und dergleichen mehr seinen Anteil hat?! Unsere Genossen Stolle, König und Fischer-Hannover unterließen nicht, die Verfolgung des Hausierhandels nach Gebühr zu kennzeichnen, wobei sie auch hervorhoben, daß manche Gewerbe direkt auf den Absatz durch den Hausierhandel angewiesen sind, und daß die gesamte Industrie in einer Zeit der schlechten Konjunktur und des Niedergangs des Exports den Hausierhandel sehr nötig hat, der bis in die letzte Hälfte bringt und so geeignet ist, den Absatz auf dem inneren Markt zu heben. Unsere Redner kamen auch auf das Gemächere des konservativen Strafen Cammer vom letzten Donnerstag zurück und wiesen nach, daß der Geburtenrückgang mit zum großen Teil eine Folge der wucherischen Verteuerung der Lebensmittel ist, die durch die Schutzpolitik des Reiches verschuldet und gefördert wird. — Am Montag werden weitere Vorlagen beraten, am Dienstag beginnt die erste Lesung des Etats.

Die Zentrumsherrschaft in Bayern.

Nach dem Erfolg in der Rönigs- und Bittlitzfrage hat Herr v. Hertling am Sonnabend im bayerischen Landtage ganz seine Selbstgefälligkeit wiedergefunden. So widmete er der Abgeordnetenkammer eine recht ausführliche Vorlesung über die Notwendigkeit und die Vorteile einer ultramonarchischen Regierung, die zugleich es leugnet, daß sie ultramonarchisch ist. Vor Hertling sprach der bayerische Wenzersbinder Eisenberger gegen die Verquickung von Religion und Politik, mit der das Zentrum arbeitet. Herr v. Hertling entwiderte dann ein ultramonarchisches Regierungsprogramm allerhöchster Art. Zum Schluss stellte Herr v. Hertling dieses Programm ausdrücklich unter den Schutz des Königs, dessen Absichten das solidarchisch haltende Ministerium Hertling lediglich ausführt. Hertling beteuert, er regiere ganz objektiv. Mann und Weib, so ruft er ebenso pathetisch aus, sind immer meiner Amtsführung Rechte anderer Konfessionen beizubehalten! Das Zentrum fordert dringend Verbot des freireligiösen Unterrichtes, von dem es die Befreiung fürchtet. — Das geht nicht, erklärt der Ministerpräsident, das wird durch die Verfassung bedingt. Man kann Kinder freireligiöser Eltern nicht zwingen, konfessionellen

Religionsunterricht zu nehmen, aber man kann den freireligiösen Unterricht zwingen, konfessionell zu sein. Die staatliche Genehmigung für den freireligiösen Unterricht bedeutet nicht, daß er in irgendeiner Weise als gleichberechtigt oder als Ersatz für den christlichen Religionsunterricht zu gelten habe. Keine Philosophie, auch nicht die Kantische, und noch viel weniger die neuesten Philosophien sind geeignet, eine Grundlage für die Erziehung der Kinder abzugeben; dazu ist nach den Erfahrungen der Jahrhunderte nur das Christentum befähigt. Und Hertling fügt hinzu: Wenn sich herausstellen sollte, daß in einem freireligiösen Unterricht Theorien vorgetragen werden, die für die unreifen jugendlichen Gemüter ungeeignet sind, die den Glauben an Gott, den Glauben an eine göttliche Weltordnung, den Glauben an eine Vergeltung im Jenseits zu rauben, dann würde ich meinen, daß ein solcher Unterricht nicht gebildet werden darf. Wenn sich herausstellen sollte, daß in die Einseitigkeit der Erziehung der Kinder ein Protest gebracht wird, daß die Kinder, die diesen Unterricht besuchen, dann mit den Präsenzen des überlebten Christentums und von der Notwendigkeit der Selbstbestimmung haushieren gehen, und ihren Mitschülern das Vertrauen zu ihrem Religionsunterricht nehmen, dann müßte im Interesse der einheitlichen Erziehung ebenfalls eingeschritten werden. — Auf der linken Seite fand dieses nahe Bekannte zu rohem Gelächter und vertöflendem Zerkosmus heftigsten Widerspruch. In der Tat bedeuten diese Ausführungen nichts anderes als die Drohung, daß man einmal durch die Verfassung gewährte Recht auf freireligiösen Unterricht dadurch zu umgehen, daß man den freireligiösen Unterricht selbst zwingt, sich den christlichen Dogmen zu unterwerfen, und außerdem einschreiten will, wenn sich irgendeine Spur von Beeinflussung durch freireligiöse Kinder zeigen sollte.

Im weiteren Verlauf seiner Rede bestritt Herr v. Hertling, daß er sich um die Militärausgaben besondert bemüht habe. Böhren habe keine besondere Mißbilligung geäußert, und mit erdichter Stimme erklärt der Redner der Kavallerie-Regimenter: Jetzt muß in diesen Redaktionen Ruhe einziehen. Auf Jahre hinaus ist das deutsche Volk nicht mehr in der Lage, die eigene Militärausgaben zu tragen. Dann wendet sich Hertling den Sozialdemokraten zu. Anhänger der sozialdemokratischen Partei sind von der Führung der staatlichen Geschäfte zu entfernen. Die Sozialdemokraten würden es selbst nicht verstehen, wenn sie zu Mitarbeitern der staatlichen Autorität zugelassen würden. Die Unterdrückungspolitik gegen die Eisenbahner erklärt Hertling für die mildeste Form des Völkerges. Das Koalitionsgesetz will er nur in dem Maße einschneiden, wo vitale staatliche Interessen auf dem Spiele stehen. Die jetzigen Strafbestimmungen zum Schutze der Streikbrecher hält Hertling, sofern sie energisch angewendet werden, für ausreichend; er sei also gegen weitere Verschärfung der Gesetze, von denen er auch nicht glaube, daß sie dem Bundestat beschäftigen werden.

Wittows Nachruf auf sich selbst.

In der nächsten Zeit wird ein Buch des Fürsten Wittow über die deutsche Politik erscheinen, aus dem einzelne bürgerliche Blätter schon jetzt spaßentlange Auszüge bringen. Es handelt sich danach um einen nicht gerade sehr gedankenschweren Versuch des ehemaligen Reichskanzlers, seine innere und äußere Politik zu rechtfertigen, namentlich der Konflikt und die Reichstagsaufstellung von 1906 sowie das Verhältnis zu Frankreich spielen in den Darlegungen des Fürsten eine große Rolle. Witter Unkenntnis ist aber in ihnen, soviel bis jetzt zu sehen ist, nicht enthalten. Witter ist höchstens die Grummerung, daß Gegen Richter dem Fürsten Wittow den Uebertrag der Fortschrittler in das „nationale“ Lager prophezeit hätte, schon lange, bevor der erwähnte Unfall noch rechts im Dezember 1908 erfolgt war. Es wird damit bezeugt, daß der verstorbenen Führer der freireligiösen Volkspartei den damals eingetretenen Umschwung von langer Hand planmäßig vorbereitet hat.

Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß Wittow an einen erweisen Gegensatz zwischen Konservatismus und Liberalismus glaubte. Er schreibt auch jetzt noch: daß einen liberalen Bürgersmann von einem konservativen Bürgersmann eine Befanschaung trenne, das glaube im Ernst kein Mensch. Was sagen die „liberalen Bürgersmänner“ zu dieser Behauptung ihres Heros, die ihren Kampf gegen die Reaktion“ als eine lächerliche Spiegelfechterei darstellte?

Natürlich ist auch seitlang von der Sozialdemokratie die Rede. Hier kommt es dem gewesenen Reichskanzler vor allem darauf an, die preussische Reaktionspolitik zu rechtfertigen, die er, dieser Liebling der liberalen Bürgersmänner, während seiner ganzen Amtszeit getrieben hat. Er setzt lang und breit auseinander, warum gerade in Preußen eine „Verständigungspolitik“ gegenüber der Sozialdemokratie nicht möglich sei. Der Bericht der Regierung auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie in Preußen, so meint er, ganz den Spuren seines Freundes B. Obenbrugg folgend, würde als die „Kapitulation der Obrigkeit vor der Revolution“ aufgefaßt werden. Am besten aber zwischen preussischer Regierung und Sozialdemokratie, soviel wir wissen, auf keiner Seite der Wunsch nach „Verständigung“. Es handelt sich nur darum, daß die preussische Regierung ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie mit amfändigen Mitteln, im Rahmen eines modernen Staates führen soll, nicht aber durch Dreiflosserwahlrecht und brutale Polizeivöllerei. Darum wird auch die gütige Inanspruchnahme einer Verständigung für den Fall, daß die Sozialdemokratie „offen und in aller Form mit der Monarchie ihren Frieden mache“, in sozialdemokratischen Kreisen mit Achzeln aufgenommen werden. Auf ihrer Seite besteht nicht das allermindeste Bedürfnis, mit dem System Dalkwitz Frieden zu machen, dafür desto mehr Kampflust und Siegesüberdicht.

Besondere Beachtung werden die Ausführungen Wittows über die auswärtige Politik beanspruchen, weil sie jedenfalls auch im Ausland lebhaft kommentierte herbeizurufen werden. West man, was der ehemalige Reichskanzler über Frankreich zu sagen hat, so darf man Europa nur dazu beglückwünschen, daß dieser Reichskanzler — eben nicht mehr zu sagen hat. Denn Wittow hat von der Entwicklung des modernen Frankreich und der Stimmung seiner Bevölkerung keine Ahnung; er sieht in dem Frankreich der dritten Republik noch immer das Frankreich Ludwigs XIV. und Napoleons I., die kriegerische, auf Eroberung bedachte Nation. Für Wittow braucht aber diese Unterstellung, um seine miserable Marokkopolitik zu verdeidigen, über die die Älten der Weltgeschichte längst geschlossen sind. Er gibt dabei zu, daß er der Urheber der Reise Wittwens II. nach Tanger gewesen ist, des tollsten Fehlers, der in der deutschen Außenpolitik gemacht wurde.

Ein solcher Mann hatte natürlich kein Recht, sich bei der Daily-Telegraph-Affäre im Reichstage als Verlorer der persönlichen Politik Wittwens II. aufzuspielen, dessen Erbitterung gegen seinen ehemaligen Handlanger unter solchen Umständen zum mündlichen menschlich begreiflich wird.

Regierung und Justizhandgefes.

Ueber die Haltung der Regierung zu dem von den Konservativen beantragten höheren Schutze der Arbeitswilligen hat

die Tägliche Rundschau Erkundigungen eingeschoben und erfahren, daß in den Anfängen über die Notwendigkeit eines Arbeitswilligen-Gesetzes ein starker Umschwung zugunsten eines derartigen Gesetzes eingetreten ist. An den zuständigen Stellen der Bundesregierungen habe sich ein erdrückendes Material über sozialdemokratischen Terrorismus gegen Arbeitswillige angehäuft. Es dürfe daher angenommen werden, daß ein erheblicher Teil der Bundesregierungen im Bundesrat für ein Arbeitswilligen-Gesetz eintreten werde.

Bekannt ist, daß eine Verfügung erfließt, nach der die Polizeibehörden verpflichtet sind, über alle Streit-Ausführungen dem Reichsamt des Innern zu berichten. Das dort in „umfangreiches Material“ angehäuft ist, wurde bereits in Abrede gestellt, ebensowenig allerdings hat man sich dazu entschließen können, das Material der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um eine Nachprüfung zu ermöglichen.

Der 3. deutsche Arbeiterkongress

begann am Sonntag in Berlin seine Beratungen. Unter diesem hochtrabenden Titel versammelten sich die christlich-nationalen Gewerkschaften. Wenn die Angaben stimmen, die auf dem Kongress gemacht wurden, verdienen diese Gewerkschaften immerhin eine ernste Beachtung, denn dann waren 1 1/2 Millionen Gewerkschaftler durch 400 Delegierte vertreten. Natürlich waren Vertreter der Regierung erschienen sowie ein großer Schwarm konservativer, nationalliberaler und Zentrumsgeordneter. Bekräftigen die bürgerlichen Parteien doch immer noch diese Arbeiter als ihre politischen Geloten, wenn sie auch auf wirtschaftlichem Gebiete ihnen nicht mehr recht freubereit erscheinen.

Reichstagsabgeordneter Behrens hielt die Eröffnungsansprache, dabei mit einem Rückblick auf das kaiserliche Regierungsjubiläum beginnend. Dann aber wandte er sich, und das dürfte die bürgerlichen Protestoren ebenso wie die Regierungsvorsteher schwer enttäuscht haben, gegen jeden Versuch der Beeinträchtigung des Koalitionsrechts sowie gegen den Stillstand in der Sozialreform. Auch von der gesteigerten Verantwortung der Lebensmittelversorgung der breiten Massen wachte Behrens heraufgestellt hatten.

Was nützte es den reaktionären Gönnern der „Nationalchristen“, daß Behrens auch gegen die Sozialdemokratie seinen Bannfluch schleuderte, die „Belämpfung der revolutionären Vorkämpfer der Sozialdemokratie“ versprach und von dem „Mißbrauch des Vereinsrechts durch die freie Arbeiterkraft“ faselte.

Die Hauptfrage ist für die Reaktionen, daß der Profit gesichert wird. Und das kann nur geschehen durch die Anhebung der Arbeiter durch den erhöhten Arbeitswilligenzins ufm. Da aber können die Christen beim besten Willen nicht mithalten. Ihre Organisationen würden sonst unfehlbar auseinandergepresst. Und wenn schon nicht das Klassengefühl der Führer, so doch der Klasseninstinkt der christlichen Arbeiter würde solche Selbstmordtatistik unmöglich machen.

Mit derselben Entschiedenheit sprach sich Behrens gegen die Verschlechterung der nationalen Arbeiterbewegung durch die Rückung der Selben aus, die Schöpfkinder des Unternehmertums.

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien verdrachten mit süßhafter Miene, die Beschlüsse des Kongresses beachten zu wollen. Es wird ihnen hart ankommen, und sie werden dann den fürchterlichen Horn der Unternehmung auf sich laden. Aber auf die politische Gesellschaft der Christlichen will man aus Furcht vor der wachsenden Macht der Sozialdemokratie natürlich auch nicht verzichten. Die Herrschaften sitzen also durch die Stellung des Kongresses einigermaßen in der Klemme.

Die Geaner der Dienstbotenversicherung abgefallen.

In letzter Zeit machte sich eine lebhafteste Bewegung gegen das Inkrafttreten der Dienstbotenversicherung bemerkbar. In einer Petition wird der Reichstag ersucht, diesen Teil der Reichsversicherung nicht in Kraft treten zu lassen. Zu diesem sonderbaren Verlangen wird nun dem Berliner Lokal-Anzeiger von „unternirdischer Seite“ geschrieben:

„An den zuständigen Reichstagen gibt man zwar zu, daß ein Teil der Lebenskosten, die gegen die bevorstehende Krankenversicherung der Dienstboten für das ganze Reichgebiet geltend gemacht werden, beschränkt sind. Man versichert aber, daß eine Dinaufhebung des Zeitpunktes für das Inkrafttreten dieses Teiles der Reichsversicherungsordnung jetzt ausgeschlossen sei, daß aber für eine nahe Zukunft durch zweckmäßige Änderung der Ausführungsbestimmungen Erleichterungen möglich sein würden. Man wird wohl demnächst in nähere Ermagungen hierüber eintreten.“

Wir nehmen auch an, daß sich Reichstag und Regierung nicht dazu hergeben werden, ein Gesetz kurz vor seiner Inkraftsetzung zurückzuhalten. Das Verlangen charakterisiert übrigens die petitionierenden Damen sehr, die glauben, durch das Gesetz werde den Dienstboten zu viel gegeben und die Herrschaften zu stark belastet.

Katzen im Reichstage.

Berlin, 30. November. Die Reaktionen des Deutschen Reichstages haben, wie das kirchliche Telegraphen-Bureau erzählt, heute zum größten Teil endlich zur Frage einer offiziellen Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in San Francisco Stellung genommen. — Für eine Beteiligung Deutschlands haben sich entschieden: das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Nationalliberalen, die Christlich-sozialistische Volkspartei und vorwiegend auch die Reichspartei. Demgemäß wird von den Vertretern dieser Parteien ein Initiativantrag auf Bewilligung von 3 Millionen Mark für die offizielle Teilnahme an der Weltausstellung in San Francisco gestellt werden. Man erwartet, daß die Regierung dem mit so überwältigender Mehrheit ausgesprochenen Wunsche des Reichstages sich nicht entgegenstellen wird.

Berlin, 1. Dezember. Im Reichstage hat der Abg. Schiffer mit Unterstützung der nationalliberalen Fraktion einen Initiativantrag eingebracht wegen Bekämpfung und Vereinfachung der Rechtsplegen. Ferner hat der Abg. Schiffer beantragt, den Reichskanzler um Vorlegung eines Gelegenheitsgesetzes zum Schutze des Wahlgeheimnisses gegen amtliche und private Nachforschungen über die Ausübung eines auf Gesetz beruhenden geheimen Wahlrechts zu ersuchen.

Meine politische Nachrichten. Der Witter melbet aus Petersburg, daß in der Angelegenheit der deutschen Militärmission in Konstantinopel zwischen Frankreich, Rußland und England ein Uebereinkommen getroffen worden sei. Danach werde Rußland als Vorkühler der Tripelente in Konstantinopel, nicht aber in Berlin, Verhandlungen gegen die Tätigkeit dieser Mission in Konstantinopel eingeleiten. — Nach einer der russischen Tschift zur Kenntnis gebrachten amtlichen Mitteilung hat Kaiserin Katharina Selbstmord verübt.

Die seitliche eingetroffene Meldung berichtet, daß infolge der ...
 ...
 ...

Rusland.

Frankreich.

Rahmentucht im radikalen Lager.
 Paris, 30. November. Der Verwaltungsausschuß der radikal ...
 ...
 ...

Balkan.

Verhaftung gegen König Ferdinand?
 Belgrad, 30. November. Vier aus Sofia Privatmeldungen ...
 ...
 ...

Mittellicher Maritimer.

Batona, 29. November. Dem Präsidenten der internationalen ...
 ...
 ...

Der Bericht der Fleischnquete-Kommission.

Die vor Jahresfrist zur Untersuchung der Fleischnot ein ...
 ...
 ...

Im Detailhandel sei eine nicht unmerkliche Preissteigerung ...
 ...
 ...

Zusätzlich wird berichtet: Die Wirkung der Einfuhr ...
 ...
 ...

Im Bericht aus Bamberg heißt es:
 ...
 ...

Der Bericht des bayrischen Städteages besagt:
 ...
 ...

Der Stuttgarter Bericht:
 ...
 ...

Bericht aus Reg:

Die auf dem hiesigen Markt zum Verkauf stehenden Ochsen ...
 ...
 ...

Bericht aus Halle a. S.:

Die tabellarisch das Fleisch gewaschen sein müsse, wie gut der ...
 ...
 ...

In Magdeburg, wo nur wenig Fleisch eingeführt wurde, beträgt ...
 ...
 ...

Ein Guttes hat zweifellos die Einfuhr ausländischen Fleisches ...
 ...
 ...

Katzen ist also, daß sich das, was in den getroffenen ...
 ...
 ...

Es fragt sich heute, ob diese Erfolge festgehalten und ...
 ...
 ...

Wenn es nicht gelingt, die Geltung der getroffenen Maß- ...
 ...
 ...

Soziales.

Ortskrankentassenwahl in Darmen.
 Bei der Ortskrankentassenwahl in Darmen entfielen ...
 ...
 ...

Altersversicherung in Holland.
 Die holländische Regierung hat jetzt eine Vorlage veröffent- ...
 ...
 ...

Opfer des Sturmes.
 Christiania, 30. November. Aus vielen Orten des Landes ...
 ...
 ...

Eine freigelegene Mörderin.
 Paris, 30. November. Frau Bödes, die angeklagt war, ihren ...
 ...
 ...

Die italienischen Studentenunruhen.
 Mailand, 30. November. Die Studenten-Ausschreitungen ...
 ...
 ...

Christians, 30. November. Aus vielen Orten des Landes ...
 ...
 ...

Ein freigelegene Mörderin.
 Paris, 30. November. Frau Bödes, die angeklagt war, ihren ...
 ...
 ...

Seite lokale Nachrichten.

Zwei aufgefunden wurde heute mittig in einem Abort eines ...
 ...
 ...

Dresdner Polizeibericht vom 1. Dezember.

Ein Schiffer bezog eine Verkäuferin um 10 M. Er forderte ...
 ...
 ...

Ein festgenommener Erpreßer. Wie bereits gemeldet, wurde ...
 ...
 ...

Weiterbericht von der Wetterküste an der Friedrich-Kugel-Brücke

Barometer 760. Schön Wetter.
 Thermometer + 10° R.
 Thermometergraph: Min. + 7°, Max. + 9°.
 Hygrometer 78%.
 Wasserstand der Elbe - 64 Zentimeter.

Letzte Telegramme.

Ein großer Personenwechsel?
 Berlin, 1. Dezember. (Privatelegramm.) Mit dem Untergang ...
 ...
 ...

Die elb-Lothringische Regierung gegen das Militär.
 Straßburg, 1. Dezember. Die elb-Lothringische Regierung, ...
 ...
 ...

Wingerpraktik.
 Paris, 1. Dezember. Der von der Kammer angenommene ...
 ...
 ...

Die Gemeinderatswahlen in Portugal.
 Lissabon, 1. Dezember. In Portugal fanden gestern zum ...
 ...
 ...

Neuroel, 1. Dezember. Nach einem Telegramm aus Caracas ...
 ...
 ...

Die Unruhen in Natal.
 Pretoria, 30. November. Bei neuen Zusammenstößen auf den ...
 ...
 ...

Ein Eisenbahn verbot.
 Kairo, 1. Dezember. Nach einem Telegramm aus Caracas ...
 ...
 ...

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

Zwei öffentl. politische Versammlungen!

Freitag den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr
im Deutschen Haus in Posthappel und im Gasthof zum sächsischen Wolf in Deuben.

Tages-Ordnung:

Das Arbeitslosenelend u. die kapitalistische Gesellschaft

Referenten: Reichstagsabgeordnete **Büchner-Berlin** und **Broy-Hannover**.

Freie Aussprache!

Freie Aussprache!

Arbeiter, Kaufleute, Gewerbetreibende! Erscheint massenhaft in diesen wichtigen Versammlungen. Es ist hohe Zeit, daß vom Reiche und vom Staate Maßnahmen zur Vinderung der Not der Arbeitslosen ergriffen werden.

Auf in die Versammlungen!

[V 68]

Der Einberufer: **Johannes Schneider, Posthappel, Dresdner Strasse, Abt. B.**

Sarrasani-Theater!

Morgen Dienstag, den 2. Dezember

Premiere

der Welt-Attraktion

Marie Antoinette

(Das Vermächtnis einer Königin)

Sensations-Ausstattungsstück in 9 Bildern.

1. Bild: Im Kerker, die letzten Stunden d. Marie Antoinette
2. Bild: Platz vor dem Gefängnis
3. Bild: Vorgarten vor Lady Alkins Haus
4. Bild: Das Opfer des Pagen
5. Bild: Die Schusterwerkstatt im Tempelkeller
6. Bild: In der Vendée
7. Bild: Vorm Schloss de la Torque
8. Bild: Die Gesandten im Schloss
 - a) Der Sturm auf die Burg
 - b) Die Frauen von Frankreich
9. Bild: Der Rittersaal (Im Schatten der Guillotine).

Spielt im franz. Revolutionsjahr 1793.

150 Mitwirkende 150

Anfang 8.30. Sonn- und Feiertags 4 und 8.30 Uhr.
Preise der Plätze (inkl. Steuer):
Mittelloge 2,65, Loge 2,10, Parkett 1,60, J. Platz 1,05 M.,
II. Platz 80, Balkon 65, Galerie 45 Pf.
Vorverkauf: Warenhaus Herzfeld und Tageskasse.

Nur durch das Riesenausstattungsvermögen des Theaters der 5000 ist es möglich, eine derartige Welt-Attraktion zu diesen kleinen Preisen zu zeigen.

Wegen Vorbereitung für dieses sensationelle Ausstattungsstück bleibt das Theater **heute Montag den 1. Dezbr. geschlossen!**

B 9392]

Heil-

Kunde, altbek., geg. Hofe, Zahn-u. Kopfschm., Zahnauß., Kopfschupp., Kröpf., Bettmäfl., Rheumat., Schindl., Warz., Quist., Berstopf., Ueberbeine, Flechten, Krämpfe, kalte Füße usw. **Uhlmann, Dresden, Wehlenerstr. 86, 2.** Viele Dankschreiben.

Erstes Kulmbacher

Reichs-Automat

Dresden-N., Hauptstraße 30
Städtisches Markthallen-Gebäude

Eröffnet!

Central-Theater

Gastspiel

Otto Reutter.

Travilla Bros mit ihrem gelehrigen Seelöwen Winks.

Pariser Luftballett.

2 Garden Sisters.

Eisbahn auf der Bühne.

Bowden und Hardey.

Jean Clermont
Burlesk-Zirkus.

Morues.

Lilly Walter Schreiber.

Boston Bros.

Anfang 8 Uhr. Vorverkauf täglich von 10 bis 2 Uhr an der Theaterkasse.

Sonnabend den 6. Dezember, nachmittags 8 1/2 Uhr, zum ersten Male:

Jung Habenichts und das Silberprinzchen.

Weihnachtsmärchen in 6 Bildern. [A 41]

Frauen-Tee
altbekannt, Paket 75 Pfennig.
Kreisleben, Postplatz

Buppenwagen
Klapp-Eisortwagen
best. als billigste Quelle,
da kein Laden.
Lillengasse 8, pt.
in der Nähe v. Postplatz u. Am See
Größte Auswahl dieser Branche.

Bekanntmachung.

Die Wahl von Arbeitgebern in den Ausschuss für die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Dresden findet, wie schon angeordnet,

Montag den 8. Dezember 1913
vormittags 10 bis abends 8 Uhr

statt. In Ergänzung der Bekanntmachung des Vorstandes der Ortskrankenkasse vom 3. November 1913 wird noch bekanntgegeben, daß der Vorstand beschloffen hat, die Wahl an folgenden Wahlstellen vornehmen zu lassen:

I. Links der Elbe:

- a) im Kassenlokal **Serrestraße 4, 1. und 2. Obergesch.** für Arbeitgeber, die ihre Betriebsstätte im 2., 5., 6., 12., 14. und 25. Polizeigebiet haben.
- b) im Restaurant **Hotel Annenhol, Annenstraße 23**, für Arbeitgeber, die ihre Betriebsstätte im 1., 4., 7., 10. und 16. Polizeigebiet haben.
- c) im Restaurant **Drei-Kaiser-Hof, Vork. Lübtow, Tharandter Straße 2**, für Arbeitgeber, die ihre Betriebsstätte im 20., 21., 22. und 23. Polizeigebiet haben.
- d) im Restaurant **Hotel Fürstenthor, Striepenstraße 32**, für Arbeitgeber, die ihre Betriebsstätte im 11. und 14. Polizeigebiet haben.
- e) im Restaurant **Vornblüthschänke, Schandauer Straße 33**, für Arbeitgeber, die ihre Betriebsstätte im 17. Polizeigebiet haben.

II. rechts der Elbe:

- f) im Restaurant **Stadler Bierhalle, Hauptstraße 11**, für Arbeitgeber, die ihre Betriebsstätte im 3., 8., 13. und 24. Polizeigebiet und im selbständigen Gutsbezirk Altdorf haben und
- g) im Restaurant **Stadt Leisnig, Leisniger Straße 76**, für Arbeitgeber, die ihre Betriebsstätte im 9., 15. und 19. Polizeigebiet haben.

Jeder wahlberechtigte Arbeitgeber kann nur in der hierin für ihn zuständigen Wahlstelle wählen.

Welcher Polizeibezirk für ihn in Frage kommt, ist aus der letzten Abrechnung über die zu zahlenden Beiträge ersichtlich. Der Vorstand dieser Abrechnung lautet:

... Einheitsbezirk 1913, Bezirk, Konto ...

Die erste - in der Regel römische - Zahl hinter dem Worte Konto ist die Bezeichnung des Polizeibezirks, z. B. XIV. (Die zweite Zahl ist die Nummer des Kontos, das für den Arbeitgeber in den Büchern der Ortskrankenkasse angelegt ist und kommt hierbei nicht in Frage.)

Die quittierte Abrechnung ist der beste Ausweis für die Wahlberechtigung, weshalb neben den anderen zugelassenen Ausweisen über die Wahl- und Stimmberechtigung die letzte Abrechnung mit Quittung, das ist die für den Monat September 1913 (3. Rechnungsperiode, 25. bis 30. Woche), vorgelegt werden soll. Die Arbeitgeber von Personen, die vom 1. Januar 1914 ab in die Krankenversicherung von einbezogen werden, müssen die vom Versicherungsamt der Stadt Dresden ihnen ausgestellte Bescheinigung über die Wahl vorgelegen.

Bezüglich der Wahl der Versicherten verbleibt es bei den in der Bekanntmachung vom 3. November 1913 getroffenen Bestimmungen.

Dresden, den 29. November 1913.

L 1387]

Der Vorstand der Ortskrankenkasse.

Julius Gräßdorf, Vorsitzender.



Montags: **Reunion**

Musenhalle

Einziges Varieté und Volks-Theater des Westens
Genie neue Truppe.

G. Mielkes Varieté- u. Schauspieltruppe, Hannover

Besonders gewähltes Programm!

Der Hoochmutstoufel. Charakterbild in einem Akt.

Das Hufeisen. Komische Burleske.

Und der andere vorzügliche Kostentitel. [K 7]

Ein Rodel-Sechszug.

Wittmoos nachm. 8-5 Uhr Beginn des Weihnachtsmärchens

Schönen und die Sonnenfee. 3 Akte.

Wochentags Vorzugskarten gültig!

Dresdner Theater

Königliches Opernhaus
Dienstag den 2. Dezember

Der Niegende Holländer

Größe romantische Oper in drei Akten von Richard Wagner

Musikalische Leitung: Hermann Kögler

Dirigiert von: Julius Püttler

Senta: ... Plöschow, b. W. ...

Erst, ein Löwe: ... Adolf Köllgen

Der Zwergemann Deland's Hans Hübner

Der Holländer: ... Friedrich Pfeiffer

Anfang 8 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr

Mittwoch: Carmen. Oper in vier Akten.

Musik von Georges Bizet. (7 1/2)

Donnerstag (zum ersten Mal, Uraufführung):

Glosterstein (Cantata). Komische Oper in einem Akt.

Uraufführung von Jan Strakosky-Sava

Zum ersten Mal (Uraufführung): Der Kie-

ber als Zeit. Musikalisches Kostspiel in zwei Akten nach Molière. Musik von Giovanni Battista Pergolesi. (7)

Königl. Schauspielhaus

Dienstag den 2. Dezember

Zum ersten Mal (Uraufführung)

Das Gotteskind

Ein Weihnachtsstück, das der Sonntagsgenuss und die drei freudigen heiligen / Nach dem besten Volks-Spielen und / ... von Emil Hoffmann

Gott Vater / Sohn Gabriel der Engel / Joseph der Zimmermann / Sein Weib Maria / Das heilige Kind / ...

Waltbauer / ...

Melcher / ...

Wagner der Mole / ...

Milch / ...

Milch / ...

Gottinjak, der Welt auf Befehl

...

...

...

Die alte Maria, sein Weib / Herodes der Judenkönig / Der Knecht, Gehilf mit Namen / ...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

Das härtere Band

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

Residenz-Theater

Dienstag den 2. Dezember

Der Zigeunerbaron

Operette in drei Akten, Musik von Joh. Strauß

Musikalische Leitung: Friedrich Nicolaj

Geistl. Peter Homann

Übersetzer: ...

Centi Conso, Königl. Hof-

Opernsänger: ...

...

...

...

...

...

...

...

Albin Zapfen, reicher

Schönheitskönigin

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

Ortskrankenkassenwahl in Dresden!

Die Wahl am 8. und 9. Dezember ist von großer Bedeutung für den sozialen Ausbau der Kasse. Darum agitiert für restlose Beteiligung und Wahl der Liste I der Arbeitnehmer und Liste II der Arbeitgeber.

Sächliche Angelegenheiten.

Das Ergebnis der Staatsberatungen.

Der 27 stündige Redestrom ist verfliegt, die sächsische Staatsdebatte nach dreitägiger Dauer zu Ende. Wir haben die einzelnen Auseinandersetzungen bereits gewürdigt, heute erscheint es angebracht, durch einen gebrängten Ueberblick ein Fazit zu ziehen. Die diesjährige Staatsberatung war die kürzeste, die seit Jahrzehnten im Landtage zu beobachten war, und sie zählt zu den interessantesten, obwohl der alte Rührer streng-charakteristische Art der Staatsbehandlung diesmal vermehrt wurde. Sein Nachfolger befolgt wohl sein System, er hat aber nicht seine Art. Seine allerdings streng sachliche, aber überwiegend monotone Redeart war wahrlich nicht dazu geeignet, die Verhandlungen zu beleben. Das geschah aber besonders von den Rednern der äußersten Linken, deren Kritik der herrschenden Zustände und des Haushaltsstandes im Mittelpunkt der Beratungen stand. So wurden nicht vorwiegend zu einer Sozialisierendebatte. Sie war weit entfernt von einem parteipolitischen Gezänke, nur bei den zahlreichen unstrittenen Fragen zum größten Teil zugleich auch die Stellungnahme der Sozialdemokratie hierzu Gegenstand des Redegeschehens. Das war ihnen deshalb geboten, weil die meisten dieser Probleme von den sozialdemokratischen Rednern in den Vordergrund gerückt wurden.

In erster Linie war die von Rührer eingeführte und von dem neuen Herrn im Finanzministerium weiter verfolgte Ueberprüfungswirtschaft, die zwar in den letzten Jahren zu einer Verminderung der Schuldenlast geführt, aber doch den schmerzlichen Nachteil hat, daß bei der Verkürzung des Etats immer der Eindruck einer ungemessenen Knappheit der Mittel besteht und daher, wenn Forderungen für Kulturaufgaben und soziale Zwecke geltend gemacht werden, gesagt wird, es ist kein Geld da. Daraus haben sich unerträgliche Zustände ergeben, darunter leiden die Kulturaufgaben aufs schwerste. Ist es nicht unerhört, daß die vor 4 Jahren geltend gemachte, äußerst bescheidene Forderung, zur Wiltderung der Arbeitslosennot 200 000 M. einzustellen, mit dem Einwand abgelehnt wurde, es ist kein Geld da, und dieser Etat jetzt mit 59 Millionen M. Uebererschuß abschließt. Und was von der Arbeitslosenunterstützung gesagt werden muß, gilt auch von manchen anderen wichtigen Aufgaben. Wer das erwägt, wird diese Finanzpolitik als katastrophal entschieden bekämpfen müssen. Dazu kommt noch, daß sie im Grunde gegen die Verfassungen über die Aufhebung verstößt, sich also mit der Verfassung schlecht verhält. Die Regierung läßt sich im Grunde mehr Mittel bewilligen als sie braucht. Das darf sich der Landtag auf die Dauer nicht gefallen lassen. Es ist unseren Genossen in erster Linie zu danken, diese Seite der jetzigen Finanzpolitik hervorgehoben zu haben. Mit Ausnahme der Konservativen ist sie auch von allen Parteien verurteilt worden. Der Finanzminister hat sie zwar mit vielen Worten verteidigt und nach Kräften bekräftigt; es darf aber wohl erwartet werden, daß eine andere Staatsaufstellung das Ergebnis der Staatsdebatte sein und in Zukunft die Ueberprüfungswirtschaft soziale Zwecke und Kulturaufgaben weniger bedürfen wird. Jedenfalls werden wir Sozialdemokraten alles aufbieten, die Auswüchse der jetzigen Finanzpolitik zu beschneiden.

Entschieden von den Rednern unserer Partei in den Vordergrund gerückt, standen auch die sozialen Fragen im Mittelpunkt der Staatsdebatte. Dies gilt vor allem von der Entlohnung der Staatsarbeiter, die hier gemachten Erbarmnisse, und vor allem die Arbeitslosenfürsorge. Hierbei zeigte sich wieder einmal recht deutlich, daß die einzigen Vertreter der Arbeiter die Sozialdemokraten sind. In einer Zeit, wo das Arbeitslosenselend zum Himmel schreit, wo die Not täglich größer wird, wo sich die Zahl der Arbeiterfamilien täglich um Hunderte vermehrt, denen die Arbeitslosigkeit unheilbare Wunden schlägt, da hatten die bürgerlichen Parteien nur platonische Redensarten für dieses schlimmste aller sozialen Uebel. Die Nationalliberalen wollen erwägen, die Konservativen wollen erst dann etwas für die Arbeitslosen bewilligen, wenn der Arbeitsmangel auf dem Lande beseitigt ist, das Kerger leistete sich aber der Minister des Innern, der erst dann etwas gewähren will, wenn die Klassen der Gewerkschaften geleert sind. Wahrlich, eine solche Behandlung dieser ebenso ersten wie brennendsten sozialen Aufgabe wirkt mehr als aufreizend. Es wäre natürlich kein Wunder, wenn auf diese empörende Verneinung jeder Hilfsaktion in schwerster Not die Arbeitslosen mit Massenemonstrationen antworteten. Um so empörender ist diese Haltung, wenn man sich erinnert, daß, wenn die Bekleideten von einem Unglück betroffen werden, wenn ihnen eine Wasserflut oder Feuersbrunst einen Teil ihres Besitzes raubt, dann alsbald und reichlich geholfen wird. Die Arbeiter aber läßt man im Elend verkommen und hat für sie statt Hilfe nur Hohn. Und dabei mußte der Minister noch ungefähr etwas davon, daß die Gewerkschaften jährlich viele Millionen bereits für soziale Zwecke opfern, wenn auch seine Zahlen nicht richtig waren. Vielleicht hat er aus dem Debatten nun auch erfahren,

daß zurzeit die Gewerkschaften die einzige bedeutsame Arbeitslosenunterstützung bieten und dadurch auch Tausende von Arbeitslosen vor dem Untergang bewahren und zugleich den Gemeinden und dem Staate schwere Lasten abnehmen. Die Art, wie die herrschende Klasse im Landtage, besonders aber die Regierung, die Arbeitslosenfrage behandelt hat, fordert zur schärfsten Kritik, aber auch zum entschiedensten Vorgehen der sozialdemokratischen Vertreter heraus, alles dafür einzusetzen, daß alsbald auch Staatsmittel zur Linderung des Arbeitslosenselends zur Verfügung gestellt werden.

Bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für Staatsbahnarbeiter.

fordert ein sozialdemokratischer Antrag, der dem Landtage zugegangen ist. Er lautet:

- Die Kammer wolle beschließen:
- Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen:
- I. die Lohnverhältnisse der im Eisenbahnbetrieb beschäftigten Arbeiter einer Neuordnung in der Weise zu unterziehen, daß
 - a) die Zahl der vorhandenen Lohngruppen unter möglicher Anlehnung an die Ortsklasseneinteilung bei den Wohnungsgeldzuschüssen der Beamten verringert wird,
 - b) der Anfangslohn in der niedrigsten Gruppe bei gleichzeitiger entsprechender Erhöhung der Lohnsätze in den übrigen Gruppen 3,50 M. pro Tag beträgt,
 - c) die Lohnsätze der im Wochenlohn stehenden Arbeiter entsprechend der Steigerung der Löhne unter b ebenfalls erhöht und die Bahnunterhaltungsarbeiter fünfzig im Jahresdurchschnitt dem Einkommen der übrigen Arbeiter gleichgestellt werden,
 - d) sämtlichen Arbeitern, die über den planmäßigen Dienst hinaus geleistete Arbeitszeit besonders bezahlt und die bisher üblichen Stellenzulagen auch weiterhin gemährt werden;
 - II. die Lohnverhältnisse der sonst im Staatsdienst beschäftigten Arbeiter den erhöhten Lohnsätzen der Eisenbahnarbeiter anzupassen;
 - III. die tägliche Arbeitszeit der in den Staatswerkstätten beschäftigten Arbeiter allgemein auf acht, die der übrigen Staatsarbeiter auf höchstens neun Stunden festzusetzen;
 - IV. die Erste Kammer zum Beitritt zu diesen Beschlüssen einzuladen.

Konservativ-politisch.

Die Abgeordneten Schreiber und Barth haben mit Unterstützung der übrigen Mitglieder der konservativen Fraktion der Zweiten Kammer folgenden Antrag eingebracht:

- Die Kammer wolle beschließen:
- Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen:
- a) auf allen einschlägigen Gebieten der Gesetzgebung, Verwaltung und Wirtschaftspolitik der Eigenart und uralten Anhänglichkeit der bauerlichen Bevölkerung an die heimatische Scholle Rechnung zu tragen und sie zu fördern,
 - b) in gleicher Weise jedwede in Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gesamtheit nicht gebotene Beinträchtigung des kleineren und mittleren bauerlichen Grundbesitzes zu verhindern, dagegen dessen Kräftigung und Vermeerung nachdrücklich zu unterstützen,
 - c) die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

Das hier ganz allgemein gefordert wird, bedeutet nichts anderes als eine einseitige agrarische Politik. Eine solche wird aber im Industrieland Sachsen schon seit langem geübt. Es ist daher nicht recht einzusehen, was die Konservativen mit ihrem Antrage wollen. Extremes als leichter kann in Sachsen wahrhaftig doch nicht agrarisch-regiert werden.

Die Lohnverhältnisse in der Hausindustrie.

Das neue Hausarbeitsgesetz schreibt bekanntlich vor, daß in solchen Räumen, in denen Arbeit für Hausarbeiter ausgeübt wird, durch Auslegen von Lohnverzeichnissen oder Aushängen von Lohnzettelchen den Hausarbeitern die Möglichkeit gegeben sein muß, sich über die gezahlten Löhne zu unterrichten. Diese Bestimmung ist den Unternehmern sehr unangenehm und sie bezeichnen sie als teilweise „undurchführbar“. Der Fabrikantenverein der sächsischen Seiden- und Spitzenindustrie und derjenige für die Spindel- und Lambourindustrie hat daher beim sächsischen Ministerium des Innern die Erwirkung von Ausnahmen, d. h. möglichst die gänzliche Befreiung von den genannten Vorschriften verlangt. Die Eingabe ist auch von einigen Handelskammern unterstützt worden. Nun ist aber das Hausarbeitsgesetz ein Reichsgesetz und das sächsische Ministerium kann den Unternehmern nicht helfen. Es bleibt nur übrig, daß es seinen Einfluß beim Bundesrat in der angeordneten Richtung geltend macht. Es hat aber dann auch der Reichstag noch ein Wort mitzusprechen.

Bauern. Die Vornahme von Notstandsarbeiten beschließen die städtischen Kollegien in gemeinsamer Sitzung. Es soll dadurch vor allem die Entlassung städtischer Arbeiter verhindert werden.

Obst. Bei der Stadtverordnetenwahl wurden die Kandidaten des Liberalen Vereins sowie des Städtischen Vereins gewählt. Unseren Genossen gelang es zum erstenmal, einen Erlangmann durchzubringen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. An den Folgen einer schweren Verwundung verstorben ist im Krankenhaus in Leipzig ein zwölfjähriges Schulmädchen, das sich durch Verwendung von Spiritus zum Feueranzünden am Dienstag schwer

Verwundungen zugezogen hatte. — Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in Stübengrün. Einem abfahrenden Maurer liefen mehrere Personen in das Rad und brachten dem Radler zu Fall. Dieser zog sich infolgedessen tödliche Verletzungen zu. — Die feierliche Gedenkfeier eines Hirtensoldaten, der in Wittweida eingestanden haben soll, in Neuschorf bei Leipzig einen Nord begangen zu haben, ist dahin aufgeklärt, daß es sich um gänzlich fingierte Angaben handelt.

Stadt-Chronik.

Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahl.

Absolut genaue Zahlen der Wahlbeteiligungsgruppen (Parteien) lassen sich für die Stadtverordnetenwahl-Resultate nicht geben. Auch die amtliche Zählung und Feststellung bringt völlige Klarheit nicht, weil die Zahl der Gewählten (bismal 30) eine sehr große ist und die auf die einzelnen Kandidaten abgegebenen Stimmen auch innerhalb ein und derselben Gruppe in der Zahl oft schwanken. Nur die auf Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen weichen wenig oder gar nicht voneinander ab. Doch kommt es schließlich auf eine ganz genaue Feststellung weniger, als vielmehr auf das Verhältnis der Parteien zu einander an. Die Abweichungen können nur unwesentlich sein, auf die Gruppen (Parteien) übertragen, muß mit Durchschnittszahlen gerechnet werden. Unter Berücksichtigung dieser Umstände kann man wohl sagen, daß die unten folgende Berechnung ein ziemlich richtiges Bild des Wahlergebnisses bietet, das wir im einzelnen für beide Wahltage besonders bereits mitteilten.

Vorweg sei noch darauf hingewiesen, daß im Vergleich mit der Wahl im Jahre 1911 unsere Stimmen in der Abteilung B, Arbeiter, um etwa 1260 zugenommen haben. Demgegenüber steht allerdings ein Verlust um ungefähr 910 in der Abteilung C, Beamte und freie Berufe, während in D, Gewerbetreibende usw., die auf die sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen gleich geblieben sind. Die Abteilungen A und E kommen für uns kaum in Betracht.

Das Gesamtergebnis stellt sich etwa folgendermaßen: Sozialdemokratie 17 840 (350 mehr), Konservativ 9925, Nationalliberale 13 333 Stimmen; die Bürgerlichen zusammen: 23 258 (etwa 3000 mehr). Auf die einzelnen Abteilungen verteilen sich die Stimmen:

	Sozialdemokraten	Liberalen	Konservativen	Stadtbewohner
Abteilung A:	I 75	967	1 202	2
Rentiers usw.	II 20	590	384	2
Abteilung B:	I 2844	—	168	2
Arbeiter	II 11 558	—	488	2
Abteilung C:	I 375	3 425	1 728	8
Beamte, freie Berufe	II 1 200	6 000	1 440	2
Abteilung D:	I 595	—	2 392	6
Gewerbetreibende	II 1 148	554	1 450	2
Abteilung E:	I 7	505	292	2
Industrielle usw.	II 14	483	193	2
	17 840	13 333	9 925	20

Die Sozialdemokratie ist also auch unter dem den Arbeitern schwierigen Bürgerwahlrecht die weitaus stärkste Partei! Das muß besonders festgehalten werden. Den gesamten bürgerlichen Stimmen gegenüber bleibt sie allerdings um etwa 5400 Stimmen zurück. Und es ist zu bemerken, daß der Vorprung der Bürgerlichen insgesamt gegenüber der Sozialdemokratie seit 1903 immer größer geworden ist. Eine Erklärung dafür ist nicht schwer zu finden. Die intensive und von großem Erfolg begleitete Agitation unserer Partei für Erwerbung des Bürgerrechts hat auf der gegnerischen Seite das gleiche Bestreben mit ebenfalls gutem Erfolge hervorgerufen. Bei der Arbeiterchaft ist diese Entwicklung jetzt auf einem Punkte angelangt, wo sie nicht mehr die Erfolge der früheren Jahre bringen kann. Hingzu kommt, daß die Arbeiter mehr und mehr über die Grenze der Stadt hinausziehen und in ihren Reihen eine große Fluktuation herrscht, die gerade bei der Erwerbung und beim Verlust des Bürgerrechts nachteilig wirkt. Man braucht sich nur die Zahlen der jeden Monat neu verpflichteten Bürger anzusehen, um diese Entwicklung zu erkennen.

Immerhin muß die Dresdner Arbeiterchaft nun erst recht alles tun, um auch den letzten Mann zur Erwerbung des Bürgerrechts zu veranlassen!

Vielleicht kann in dieser Beziehung doch noch etwas mehr erreicht werden als in den letzten Jahren erreicht wurde. Unsere Organisationen werden gut tun, schon jetzt ernste Erörterungen darüber anzustellen. — Die hiesige bürgerliche Presse freut sich aber besonders darüber, daß die sozialdemokratischen Stimmen in Abteilung C wesentlich zurückgingen, während die bürgerlichen um etwa dieselbe Zahl zunahmen. Der Vorgang ist gewiß etwas auffällig. Daraus aber ohne weiteres auf nachlassende Werbestraft der Sozialdemokratie in jenen Kreisen schließen zu wollen, wäre sehr dorellig. Man müßte die näheren Ursachen dieses Vorganges kennen, ehe da ein abschließendes Urteil gefällt werden kann. Wir möchten nur auf eins hinweisen. In der Regel wächst mit dem stärkeren Eindringen der Sozialdemokratie in Kreise, die hier stark in Frage kommen, auch der Druck von oben gegenüber dieser Entwicklung. Und das Vordringen unserer Partei in die Beamtenberufe, wie es sich bei den Stadtverordnetenwahlen zeigte, hatte allerdings auf bürgerlicher Seite Verunruhigung hervorgerufen. Wenn in Verbindung mit dieser Tatsache nun festgestellt werden muß, daß durch die Verkleinerung und Verminderung der Stimmzahl gerade diesmal das Wahlergebnis in größtmöglicher Weise verlegt wurde, dann kann man sich wohl denken, daß dieser Zustand der Sozial-

demokratie ungünstig sein muß. Daraus erklärt sich vielleicht...

Im übrigen zeigte auch diese Wahl wieder die Wider...

Die Schwindelgeschichte der Sächsischen Landeszeitung.

In der Angelegenheit, die wir in unserer vorigen...

Die Verächtung lautet: 1. Der Sächsische Landesdienst stellt die Behauptung auf...

Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß die Dresdner Volkszeitung in einer rein...

Diese Behauptungen sind in jeder Beziehung unwahr. Wahr ist vielmehr, daß der betreffende Artikel...

Durch diese Verächtung ist den Schwindelgeschichten, die die Sächs. Landeszeitung aufgestellt hat, ein Ende bereitet.

Die Ausschuhwahl bei der Ortskrankenkasse zu Dresden und die Dienstboten.

Das Versicherungsamt der Stadt Dresden hat die Frist, in der sich die Personen, die ab Neujahr in die Krankenversicherung neu einbezogen werden...

Sicherungsförderung eingerichtet. Unsere Genossen stimmten im...

Der Rat hat diese Satzung schon beschlossen, und die Regierung hat deren Genehmigung zugesagt.

Nun hat das Versicherungsamt aber bekannt gemacht, daß sich nur diejenigen Personen und ihre Arbeitgeber in die Wählerlisten eintragen lassen können...

Die Dienstboten werden aber nicht Mitglieder bei der Ortskrankenkasse, und dennoch werden sie und natürlich auch ihre Herrschaften in die Wählerliste eingetragen!

Was bedeutet das? Kann man sich etwas Wiberfennigeres und Unrechtes vorstellen? Die Beteiligung der Dienstboten und der Dienstherrschaften an der Wahl wäre aber besonders deshalb ein großes Unrecht...

Seid auf dem Posten. Besprecht allenthalben diesen Plan und sorgt durch allgemeine Stimmenabgabe für Rufe 1 (Gewerkschaftsartikel), daß die „Nationalen“ ihren Zweck dennoch nicht erreichen.

Das Dresdner Universitätsprojekt.

Der Bürgerausschuß für die Errichtung einer Universität in Dresden hatte am Sonntag vormittag nach Weinhold's Salen eine zweite öffentliche Versammlung einberufen.

Die Versammlung dankt dem Rat für die energische Inangriffnahme des Planes der Errichtung einer Universität und erwartet im Sinne der Resolution vom 3. November, daß die Stadtverordnetenversammlung den Plan aufhebt und daß die Staatsregierung und die Ständelamern ihn genehmigen und fördern.

Schriftsteller Langmann redete der allgemeinen Volkshochschule das Wort und meinte, die Dresdner Universität würde nur ein Glied in der Kette weiterer Universitätsgründungen sein.

Eine lächerliche Entschuldigung.

Wegen einer Militärgerichtsache hatte sich bekanntlich vor kurzem mit unserem verantwortlichen Redakteur zugleich auch der Dresdner Rundschau vor Gericht zu verantworten.

Wir waren also durch den falschen Bericht der Dresdner Volkszeitung zu einem Artikel veranlaßt worden, der ebenfalls lächerlich war...

Die Rundschau gefällt sich hier in der albernsten Weise dem einen Angeklagten, der die meiste Schuld auf den anderen schieben will, um sich in ein möglichst günstiges Licht zu setzen.

Neue Vorschriften über Teppichklappen.

Die früheren Bestimmungen über das Ausklappen von Teppichen, Decken, Bettdecken und dergleichen Gegenständen werden nach amtlicher Bekanntmachung aufgehoben und durch folgende ersetzt:

Nicht nationalliberal und konservativ.

Herr Werkmeister Schütz erucht uns, mitzutheilen, daß er nicht „nationalliberal und konservativ“ ist, wie in unsern Mitteilungen über die Stadtverordnetenwahlen angegeben war.

Gewerkschaftsartikel.

Als Arbeitersekretär wurde der Genosse P. Kistau, bisher Arbeitersekretär in Kiel, gewählt.

Ladenschluß im Dezember. Nach den neuen Bestimmungen dürfen im Dezember die Läden und offenen Verkaufsstellen bis abends 9 Uhr offen bleiben an allen Werktagen vom 1. bis 24. Dezember, ferner an den letzten beiden Sonntagen vor Weihnachten...

Unfall. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Freitag in der ersten Abendstunde auf der Carolabrücke. Der aus der Hingendbrücke beschästigte und in Langebrück wohnende Fabrikbeamte Wilhelm Tschirner wurde beim Ueberfahren der Hingendbrücke von einem Radfahrer umgerissen und zu Boden geschleudert.

Arbeiterriß.

Am Sonntag, gegen 10 Uhr abends, trug sich im königlichen Schauspielhaus während der Aufführung: Die armenigen Wesenbinder ein Unfall zu. Als die Bühne für den fünften Akt hergerichtet wurde, stürzte der beim Aufbau mitbeschäftigte, auf der Berliner Straße 16 wohnende, Tapezierer Max Otto Strellmann aus etwa sechs Meter Höhe ab.

Selbstmord.

Während ihm am Sonntag sein Sohn gestorben ist, erhängte sich in der Nacht zum Sonntag aus Verzweiflung ein auf der Röschenbroder Straße wohnender Russe.

Selbstmordversuche.

In der Nacht zum Sonntag vergrößerte sich ein am Röschenplatz dienendes etwa 20 Jahre altes Mädchen mit Leuchtgas. Da die Wiederbelebungsbemühungen erfolglos waren, wurde das Mädchen im Krankenautomobil nach der Hell- und Pflanzstraße gebracht.

Montag den 1. Dezember 1913. Various small notices and advertisements on the right margin.

ertränken. Es wurde der Heil- und Pflegenast zu...

Wann die Kinder! Gestern Sonntag, in der sechsten...

Vermischte Nachrichten. Zu dem am Sonnabend ge...

Bezirk Neustadt. Da am vorigen Dienstag der Vortrag...

Kreis. Innere Neustadt. Mittwoch den 3. Dezember...

Gewerbegericht. Der Raurer Hofmann hatte mit einem Kollegen den Pu...

Aus der Umgebung. Freianth. Mittwoch den 3. Dezember, abends 7 Uhr...

Kodrig. Bei der Gemeindevorwahl am Sonnabend...

Niederfeld. An die Mitglieder der Niederfeldler All...

Niederboritz. (Gemeinderatsbericht.) In der letzten...

Appolditzwalde. Wir fordern hiermit nochmals alle...

zu verhehlen! Vor allem auch die auswärts arbeitenden...

Roritzburg. (Gemeinderatsbericht.) Die Kreisauptma...

Königsbrück. Die Kommandantur des Truppenübungspl...

Radeberg. Die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber und...

Radeberg-Lohdorf. Die Wahl der Vertreter für den...

Aus aller Welt. Ein amerikanisches Mustergefängnis. Wie auf allen Gebieten stoßen auch in der Kriminal...

falls dort „stehender“ Redakteur herausgibt. Ferner hat man...

Sugstatastrophe. Rom, 29. November. Auf dem Bahnhof Ceccano...

Der Parademarsch im Rino. Man war sich eigentlich nie so recht klar, was es zu bedeuten...

Ein deutsches Segelschiff vermisst. Hamburg, 30. November. Der seit mehreren Wochen von...

Rom Schlachtfeld der Arbeit. Dortmund, 30. November. Auf Jede Amalie bei Werne...

Damborn, 30. November. Auf der Gewerkschaft Deutscher...

Verunglückung des Leutnants Tieg. Metz, 30. November. Der wegen Totschlags, begangen an dem...

Tobtschankfall im Eisenbahngum. Riga, 30. November. Als gestern abend um 7 Uhr der Zug...

Schweres Schiffungsglück in der russischen Marine. Petersburg, 30. November. Der Jar besichtigte gestern das...

Reichstag.

178. Sitzung, Sonnabend, den 29. November, mittags 12 Uhr. Am Bundesratssitz: Dr. Eisele, Rühr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Rechnungen. Bei der ersten Beratung der Rechnungen des Rechnungshofes...

Landwirtschaft ist der Haupteinzelhandel eine große Bequemlichkeit, weil die Leute nicht erst in der Stadt einkaufen müssen, und insbesondere der Haupteinzelhandel mit Blumenhandeln, der nun verboten werden soll und dem die weitverbreitete Blumenhandlung in Sachsen...

suchen. Bei Gelegenheit der Handelsverträge sollten auch die deutschen Kaufleute im Ausland geschützt werden. Die Zahl der Handelsverträge nimmt ab, die deutschen Kaufleute zahlen 3 1/2 Millionen Steuern, und das ist nur der Lohn dafür...

Handel und Industrie.

Das verstaubte Geld und die wiedergefundene Wahrheit. Der die Klagen der Montanindustriellen über den Generalrat hört oder liest, ohne die Verhältnisse in der deutschen Montanindustrie zu kennen, möchte zu der Annahme kommen, daß diese Montanindustriellen schwach fundierte Wirtschaftsgelüste mit finanzieller Rentabilität wägen. Dabei hat die deutsche Montanindustrie, die auf eine Reihe glänzender Jahre zurückblickt, 1912/13 Rekordgewinne erzielt...

offiziell ausgewiesenen Gewinnergebnisse weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

Durch Gewinnglättstellungen zum Wochenschluß waren die Kurse bei Beginn der Berliner Connobandebörse auf den meisten Marktgebieten schwächer. Obwohl keine besonderen Anregungen vorliegen, möchte sich weiterhin eine Befestigung geltend, es zeigte sich regeres Interesse für die Aktien der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, die etwa 2 Prozent im Kurse anwogen. Der Perwatschont war wieder unruhiger, und zwar mit 4 1/2 für kurzfristige Wechsel und 4 1/4 für Wechsel mit langer Sicht.

ausgang: 35-40, Eiermehl 45-55, Brot (1/2 kg): Exoniamühle-Milch, I. Sorte 14, II. Sorte 13, III. Sorte 12 - Wiederlebiger I. Sorte 14, II. Sorte 13, III. Sorte 11,5, Plauenisches I. Sorte 14, II. Sorte 13, III. Sorte 12...

Victoria-Salon Komiker Platz mit Ensemble; die Kunstschülerin-Häuserin Geach. Derken auf der Klaviers auf der Bühne; Subrette Busch; Japaner-Truppe „Ando“; 3 Grimassen; Komiker Hays; Adler u. Raben, Soubriert u. vorgeführt v. Jachwaga. Kino. Anfang 8 Uhr. Sonn- u. Feiertags 4 u. 8 Uhr. Theater-Tunnel Neues Ensemble „Sieser“. Anfang 1/2, Sonntags 1/4 5 Uhr.

Vertical text on the left margin, including page number 'Seite 8' and various small notices or advertisements.

Vertical text on the right margin, including page number 'Seite 9' and various small notices or advertisements.

